

Tage) von der Arbeit freigestellt werden.

So waren regulär Beschäftigte anlässlich des chinesischen Neujahrsfestes vom 23. bis 30. Januar freigestellt (was faktisch in vielen Betrieben und Dienstleistungseinheiten auf einen Urlaub ab dem 19. Januar hinauslief). Eine weitere freie Woche ist anlässlich des Internationalen Tags der Arbeit für den 1. bis 7. Mai veranschlagt (wofür das letzte Wochenende im August geopfert wird). Schließlich wird der Nationalfeiertag die dritte Urlaubspause einläuten, die für den 1. bis 7. Oktober geplant ist (Vorarbeit dafür am letzten Septemberwochenende).

Offenbar will die Regierung durch diese Feiertagsregelung, wie bereits im letzten Jahr, die Konsum- und insbesondere die Reisefreudigkeit der Bevölkerung systematisch stimulieren. Standen die zusätzlich gewährten Urlaubstage im vergangenen Jahr explizit im Zeichen der Überwindung der Deflation und Konsumflaute, so lässt sich inzwischen auch als ein allgemeineres Motiv der Regierung vermuten, den gestiegenen durchschnittlichen Lebensstandard stärker ins gesellschaftliche Bewusstsein treten zu lassen. Bemerkenswert erscheint an der Feiertagsregelung allerdings, dass sie nicht wie in den meisten anderen Ländern an den klimatischen Verhältnissen ausgerichtet ist (so ist es im Juni und Juli in großen Landesteilen Chinas gewöhnlich so schwül, dass an ein effizientes Arbeiten nur bedingt zu denken ist), sondern in erster Linie dem Kalender politischer Symbolik folgt. (XNA, 4.1.01) -hol-

quan in der Provinz Gansu abgeschossen worden und landete am 16. Januar nach 108 Erdumkreisungen wohlbehalten in der Inneren Mongolei. Das Kommando lag wiederum beim Aerospace-Kontrollzentrum in Beijing, das mit Hilfe eines land- und seegestützten Monitoring- und Kontrollsystems, einschließlich vier Messschiffen im Atlantik, Pazifik und Indik, den Flug lenkte. Der unbemannte Raumflug dient der Vorbereitung auf bemannte Raumflüge, für die die gleiche Technologie benutzt wird. Auch dieser Raumflug diente mehreren wissenschaftlichen Experimenten auf den Gebieten Lebenswissenschaften, Materialien, Astronomie und Physik. Erstmals waren auch Tiere an Bord gewesen, damit der Einfluss des Weltraums auf die Lebensformen von Lebewesen getestet werden konnte. Die Experimente wie auch der gesamte Raumflug wurden als erfolgreich bezeichnet. Mit dem ersten bemannten Raumflug Chinas wird von Seiten ausländischer Beobachter nicht vor dem Jahr 2003 gerechnet. (RMRB, GMRB, XNA, 10. u. 17.1.01; vgl. auch FAZ, 11.1.01) -st-

19 Zehnjahres-Entwicklungsplan für Akademie der Wissenschaften

Anlässlich einer Arbeitssitzung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften gab Akademiepräsident Lu Yongxiang einen Entwicklungsplan für die Akademie der Wissenschaften in den kommenden zehn Jahren bekannt. Mit diesem Plan will die Akademie weiter an ihrem Ziel arbeiten, sich als zentrales Wissenschaftszentrum der VR China zu etablieren und zugleich auch international seinen Ruf zu stärken. Beide Ziele sollen vor allem dadurch erreicht werden, dass die Akademie der Wissenschaften im Rahmen des „Programms für die Innovation des Wissens“, das im Juni 1998 formell begonnen wurde (vgl. C.a., 1998/6, Ü 9), ihre Position als Hauptversuchspunkt dieses Programms festigt und weiter ausbaut. So sollen im kommenden Jahrzehnt rund achtzig nationale Forschungsinstitute eingerichtet werden, die die Fähigkeit zu wissenschaftlich-technischen Innovationen und kontinuierlicher Entwicklung haben. Von diesen Instituten sollen etwa dreißig Institute weltweit anerkannt und von hohem Forschungsniveau sein, drei bis

fünf sollen zu den international besten gehören.

Lu unterbreitete seine Vorstellungen in sechs Punkten:

1. Die Akademieinstitute sollen hervorragende Arbeit leisten, indem sie zu Stützpunkten von internationalem Niveau für wissenschaftlich-technische Innovationen werden.
2. Die Sektionen der Akademie sollen weiter gestärkt werden, sodass sie zu einem nationalen Pool für wissenschaftliches Denken werden.
3. Die Akademie soll zur wichtigsten Basis Chinas für die Ausbildung hochqualifizierter Wissenschaftler werden.
4. Sie soll ein wichtiger Stützpunkt für die Schaffung eines Systems und eines Mechanismus für die Umsetzung wissenschaftlich-technischer Neuerungen sein mit dem Ziel, die Entwicklung der High-tech-Industrie Chinas zu fördern.
5. Sie soll unter vollständiger Ausschöpfung ihrer reichhaltigen Wissensquellen und wissenschaftlichen Infrastruktur wissenschaftliche Kenntnisse in die Gesellschaft tragen, wissenschaftlichen Geist verbreiten und wissenschaftliche Methoden fördern und zu einem nationalen Zentrum für eine moderne Wissenschafts- und Innovationskultur werden.
6. Sie soll durch weitere Öffnung nach außen und Intensivierung des Wissenschaftsaustauschs eine wichtige Vertreterin Chinas in der internationalen Wissenschaftswelt sein.

Wie der Präsident weiter erläuterte, hat die Akademie seit der Aufnahme ihrer Arbeit als Testpunkt für das „Programm für die Innovation des Wissens“ im Juni 1998 bis zum Jahresende 2000 die Anfangsphase des Programms erfolgreich abgeschlossen. In einer zweiten Phase, die mit Jahresbeginn 2001 einsetzt und fünf Jahre dauern wird, soll das Programm zur vollen Entfaltung kommen. Bei allem Optimismus, den Lu Yongxiang an den Tag legte, verhehlte er jedoch nicht, dass es auch Probleme gibt. So mangle es an Perspektiven hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen Ziele und der Anpassung der geographischen Verteilung. Zudem gebe es

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Zweites unbemanntes Raumschiff im All

Vierzehn Monate nach dem Start der ersten unbemannten Raumkapsel (vgl. C.a., 1999/11, Ü 15) hat China am 10. Januar 2001 zum zweiten Mal ein unbemanntes Raumschiff in den Weltraum geschickt. Die Raumkapsel „Shenzhou II“ war wie ihre Vorgängerin vom Raumfahrtzentrum Jiu-

zu wenig wissenschaftliche Führungskräfte. Die Ausstattung mit materiellen Ressourcen und die Finanzverwaltung entsprechen nicht den Anforderungen. Das überkommene Verwaltungsmodell für wissenschaftliche Organe, das durch übermäßige behördliche Verwaltung gekennzeichnet ist, sei noch nicht überwunden. Ein weiteres Problem sei die Verbindung zwischen wissenschaftlich-technischen Neuerungen und der Vermarktung von Hightech-Ergebnissen. Auch die internationale Zusammenarbeit könne noch gestärkt werden, und nicht zuletzt sei das Bewusstsein für die Bedeutung einer Innovationskultur noch zu wenig ausgeprägt. (RMRB, GMRB, 10.1.01, S. 6 bzw. 2)

Die Akademie der Wissenschaften muss angesichts zunehmender Konkurrenz, die sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die Wiedereinführung der Hochschulforschung und durch Forschungsinstitute, die in großen Unternehmen eingerichtet wurden, erhalten hat, Anstrengungen unternehmen, um ihre Position als nationales Zentrum für naturwissenschaftliche Forschung zu halten. Dabei befindet sich die Akademie in einer schwierigen Situation, denn einerseits steht sie unter enormem Reformdruck, andererseits stehen den Reformen tiefgreifende Probleme im Wege (s. dazu auch C.a., 2000/1, Ü 13). Wenn man berücksichtigt, dass sich jahrzehntelang eingefahrene Wege nicht von heute auf morgen beseitigen lassen, dann hat die Akademie in den letzten Jahren jedoch nicht wenig in Bezug auf die Erneuerung ihrer Strukturen erreicht. -st-

20 Wissenschaftlich-technische Revolution zur Modernisierung der Landwirtschaft

Mitte Januar 2001 fand in Beijing eine von der Partei und der Regierung veranstaltete nationale Konferenz zum Thema Wissenschaft und Technik in der Landwirtschaft statt. Die Modernisierung der Landwirtschaft auf der Grundlage neuer wissenschaftlich-technischer Errungenschaften ist seit Beginn der Reformperiode ein wichtiges politisches Ziel, doch angesichts der Krise, in der sich die Landwirtschaft befindet, scheint diese Politik nicht besonders erfolgreich gewesen

zu sein. Die Einkommen der Bauern liegen nur etwa bei einem Drittel der Einkommen der städtischen Bevölkerung und stagnieren seit Jahren. Hinzu kommen gravierende Defizite hinsichtlich der sozialen Sicherheit, da in den meisten ländlichen Gebieten ein Rentensystem und eine umfassende Gesundheitsfürsorge fehlen oder unterentwickelt sind, sowie die Steuer- und Abgabenlasten. Diese Situation führt auf dem Lande zu wachsender Unzufriedenheit, und dies bereitet der politischen Führung Sorgen. Deshalb unternimmt die Regierung jetzt einen neuen Anlauf, um die Lage auf dem Lande zu verbessern. Grundlage der neuen Agrarpolitik ist ein „Programm zur Entwicklung der Agrarwissenschaft und -technologie“, das auf der Konferenz erörtert wurde. Das entsprechende Schlagwort lautet „Wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft“. Wissenschaft und Technik sollen eine Umkehr bewirken und dazu beitragen, alte Probleme und neue Herausforderungen zu meistern.

Die Umkehr soll darin bestehen, dass man von einer auf Quantität bedachten Landwirtschaft zu einer auf Qualität bedachten Landwirtschaft kommt. Ziele der neuen Politik sind die Steigerung der bäuerlichen Einkommen und der landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit, ein Strukturwandel in der Landwirtschaft und in der ländlichen Wirtschaft, bessere Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte und Erhöhung von deren Wettbewerbsfähigkeit. All dies, so heißt es, kann nur durch die verstärkte Nutzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und moderner Hightech-Erfindungen erreicht werden. Deshalb müsse in der Landwirtschaft eine wissenschaftlich-technische Revolution vollzogen werden. Als Kernpunkt einer solchen Revolution wird die Bereitstellung von entsprechenden Fachleuten angesehen, denn ohne Fachleute ist die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Lande zum Scheitern verurteilt. Gerade hier aber liegt das Problem. Jedes Jahr entlassen die landwirtschaftlichen Hochschulen des Landes Absolventen in großer Zahl, aber nur die wenigsten arbeiten tatsächlich in der Landwirtschaft, weil ihnen das Leben auf dem Lande zu unbequem ist. Deshalb soll versucht werden, mehr Anreize zu geben und die Lebensum-

stände auf dem Lande zu verbessern. Auch sollen zurückgekehrte Auslandsstudenten in verstärktem Maße angeworben werden.

Dem „Programm zur Entwicklung der Agrarwissenschaft und -technologie“ zufolge soll die wissenschaftlich-technische Revolution in der Landwirtschaft in fünf Bereichen vorangetrieben werden:

1. Die Forschung auf dem Gebiet der Agrarwissenschaft soll intensiviert werden, um die Landwirtschaft auf das fortgeschrittene Weltniveau anzuheben.
2. Die Verbreitung neu entwickelter Agrartechnologie soll auf vielfältige Weise verbessert werden.
3. Der Schlüssel liegt in einer verstärkten und gezielten Ausbildung entsprechender Fachleute, angefangen von qualifizierten Wissenschaftlern und Technikern über Ausbilder in Agrartechnik bis hin zu Unternehmern, Bauern und Kadern mit fundierten Kenntnissen in landwirtschaftlichen Techniken.
4. Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und des Austauschs mit dem Ziel, ein effektives System wissenschaftlich-technischer Innovationen in der Landwirtschaft aufzubauen.
5. Verstärkte Anstrengungen zur Verbreitung wissenschaftlichen Denkens und wissenschaftlicher Methoden, Bekämpfung von Armut, Aberglauben und Unwissenheit.

Wissenschaft und Technik, die heute in China gleichsam Zauberworte sind, werden allein nicht in der Lage sein, die Landwirtschaft zu modernisieren. Es wird ganz wesentlich auf den Faktor Ausbildung ankommen. Zum einen müssen Agrarwissenschaftler und Agrartechniker in weitaus größerer Zahl, als es gegenwärtig der Fall ist, in der Landwirtschaft tätig sein. Zum anderen aber müssen die Bauern ebenso wie die gesamte ländliche Bevölkerung eine gewisse Schulbildung vorweisen können. Zwar wurde in den vergangenen zehn/fünfzehn Jahren das Schulwesen auf dem Lande deutlich verbessert, aber immer noch ist die Zahl der Schulabbrecher viel zu hoch und das Bildungsniveau auf dem Lande insgesamt zu niedrig.

Dies liegt zu einem nicht geringen Teil an der mangelhaften Unterstützung des Bildungswesens durch die örtlichen Kader. (Vgl. RMRB, GMRB, 16. u. 18.1.01) -st-

21 Sinkende Bildungsausgaben

In dem 1995 erlassenen Bildungsgesetz ist festgelegt, dass die öffentlichen Bildungsausgaben entsprechend der volkswirtschaftlichen Entwicklung schrittweise anzuheben sind und dass die Bildungshaushalte der Regierungen aller Verwaltungsebenen stärker wachsen müssen als die laufenden Einnahmen der jeweiligen Finanzbehörden. Doch ein großer Teil der Provinzen hält sich nicht an diese gesetzlichen Vorschriften. Im Landesdurchschnitt sinkt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben von Jahr zu Jahr, weil in durchschnittlich rund der Hälfte aller Provinzen die Bildungsausgaben niedriger als im Vorjahr ausfallen.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben in den öffentlichen Haushalten im Jahre 1999: 14,49%, das waren gegenüber 15,32% im Vorjahr 0,83 Prozentpunkte weniger. In unterschiedlichem Maße sanken 1999 in dreizehn Provinzen, prozentual gesehen, die Bildungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr. Auch in den Jahren davor sah es nicht viel anders aus. 1997 lag der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Haushalten bei 15,67%, das waren 0,56 Prozentpunkte weniger als im Jahr 1996. 1998 machte der Anteil der Bildungsausgaben 15,36% (*sic!*) der öffentlichen Haushalte aus und lag damit 0,31 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr. Im selben Jahr waren anteilmäßig die Bildungsausgaben in neunzehn Provinzen rückläufig.

In der Presse wird kritisiert, dass auf diese Weise die Politik „Wissenschaft und Bildung sollen dem Land den Aufschwung bringen“ nicht zu verwirklichen sei. Wolle man die Entwicklung Chinas vorantreiben, müsse China im Wettbewerb mit anderen Staaten bestehen, und Voraussetzung dafür seien Fachleute. Die Bildungsanstrengungen von heute seien entscheidend für die Fachleute sowie Wissenschaft und Technik von morgen und für die Wirtschaft von übermorgen. Wenn

die Behörden und politischen Führer auf lokaler Ebene nicht endlich diesen Zusammenhang begriffen, dann hätte das fatale Folgen für die Zukunft der Nation. (Vgl. GMRB, 18.1.01, A4) Bereits in den vergangenen Jahren wurde immer wieder die vorgeschriebene Erhöhung der Bildungsausgaben angemahnt, ohne dass dies sichtbare Erfolge zeitigte (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 15). Es sind nicht nur die Armutgebiete, in denen die Bildungsausgaben sinken, hier hilft vielfach auch die Zentralregierung. Weitaus gravierender dürfte sein, dass viele Lokalregierungen den Sinn verstärkter Investitionen ins Schulwesen nicht einsehen, sondern lieber in lukrative Geschäfte oder in Bereiche investieren, in denen schnelle Gewinne winken. Die Resultate einer guten Schulbildung hingegen machen sich erst langfristig bemerkbar. Eine schärfere Haushaltskontrolle ist daher unerlässlich. Zudem muss in noch stärkerem Maße die Bedeutung einer guten Bildung und Ausbildung propagiert werden. -st-

22 Entwurf für ein revidiertes Ehegesetz veröffentlicht

Das Hauptbüro des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses veröffentlichte am 11. Januar 2001 den Text des Entwurfs des revidierten Ehegesetzes. In einem Zirkular wurden die betr. Abteilungen im ganzen Land aufgefordert, ihre Meinung zu dem Entwurf zu äußern und ggf. Verbesserungsvorschläge zu machen. Entsprechende Einwände und Vorschläge sollen bis zum 28. Februar dem Rechtsausschuss des Ständigen Ausschusses des NVK unterbreitet werden. Im März tagt der NVK, und dann soll das Gesetz wahrscheinlich verabschiedet werden. Auch Einzelpersonen können Ihre Meinung äußern; sie können diese an den Ständigen Ausschuss des Volkskongresses ihrer Provinz richten.

Dass ein Gesetzesentwurf vor seiner Verabschiedung zur allgemeinen Diskussion gestellt wird, ist kein Einzelfall, kommt allerdings sehr selten vor. Seit 1982 sollen es laut Xinhua-Nachrichtenagentur sieben Gesetzesentwürfe gewesen sein, u.a. die überarbeitete Verfassung, das Verwaltungsprozessgesetz und das Grundgesetz für die SVR Hongkong. Im Falle des Ehe-

gesetzes erklärt sich die vorherige Freigabe zur Diskussion aus der Tatsache, dass die Revision des geltenden Ehegesetzes ein in der Öffentlichkeit heftig umstrittenes Thema ist, weil es praktisch jeden Bürger angeht. Einmütigkeit scheint lediglich darüber zu herrschen, dass eine Revision erforderlich ist, doch wie sie im Einzelnen aussehen soll, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Es sind insbesondere zwei Aspekte, die infolge des gesellschaftlichen Wandels, den China seit in Kraft treten des Ehegesetzes von 1980 erlebt, eine Revision notwendig machen: die rapide zunehmenden Fälle von Bigamie (indem Männer sich eine Nebenfrau nehmen) und von häuslicher Gewalt. Nicht nur der Gesetzgeber, auch die Gesellschaft empfindet die Zunahme von Bigamie und außerehelichen Beziehungen als Belastung für die Familien und die soziale Stabilität. Nicht nur in der Gesellschaft allgemein, sondern speziell auch unter Kadern habe die Unsitte um sich gegriffen, so wird vom Vorsitzenden des NVK-Ausschusses für interne und Rechtsangelegenheiten geklagt. Dies verderbe die Moral der Gesellschaft und beeinträchtige vor allem auch die Geburtenregelungspolitik. Gefordert werden deshalb strenge Maßnahmen gegen Bigamie, einmal durch Festschreibung des Schutzes der Rechte von Frauen und Kindern, zum anderen durch Etablierung des Kompensationsprinzips zu Gunsten der ungeschulden Seite.

Als wünschenswert betrachten viele Rechtsexperten auch eine Neudefinition der Bigamie. Es ist allerdings nicht einfach zu definieren, wann der Tatbestand der Bigamie vorliegt. Im derzeit gültigen Ehegesetz heißt es, Bigamie betreibt, wer verheiratet ist, aber mit einer anderen Person im Namen von Mann und Frau zusammenlebt. So steht es auch noch im Entwurf, d.h. es wurde keine Neudefinition der Bigamie vorgenommen. Männer, die mit einer Konkubine zusammenleben, würden wahrscheinlich immer leugnen, dass sie eine solche Beziehung unter der Bezeichnung Ehe unterhalten. Mit Spannung wird daher abzuwarten sein, ob der Gesetzgeber auf Grund von Einwänden und Vorschlägen aus der Bevölkerung hier noch eine Änderung vornehmen wird. (Vgl. RMRB,

GMRB, 12.1.01; s.a. XNA, 12.1.01 sowie 24. u. 28.10.00) -st-

Außenwirtschaft

23 Verhandlungen zum WTO-Beitritt noch immer nicht abgeschlossen

Auch die letzte Verhandlungsrunde zwischen der Arbeitsgruppe China in der WTO und der chinesischen Verhandlungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden MOFTEC-Ministers Long Yongtu ist ohne abschließendes Ergebnis auf Ende Februar Anfang März vertagt worden.

Die 15. Sitzung der Arbeitsgruppe für China's WTO-Beitritt konnte auch nach 10 Verhandlungstagen keinen Kompromiss für die strittigen Punkte im Beitrittsprotokoll finden. Hierzu zählte beispielsweise die Frage der Agrarsubventionen. Long Yongtu wies auf die Notwendigkeit hin, auch weiterhin solche Subventionen einsetzen zu können. China habe eine gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung von rd. 900 Mio. Menschen. Um die Kontinuität der Agrarentwicklung zu sichern, die von zentraler Bedeutung für die soziale Stabilität und Wirtschaftsentwicklung sei, müssten China WTO-konsistente Agrarsubventionen nach dem Beitritt erlaubt werden. Das Interesse der 900 Mio. Menschen auf dem Lande würde für die chinesische Regierung immer oberste Priorität haben. (XNA, 19.1.01)

Long Yongtu soll zwar eingeräumt haben, dass die Exportbeihilfen im Rahmen des WTO-Beitritts gestrichen werden, nicht jedoch die übrigen staatlichen Subventionen an die Bauern. Auf Grund des hohen Anteils der Agrarbevölkerung beansprucht China für sich den Status eines Entwicklungslandes. Dies würde mit der Möglichkeit verbunden sein, die Agrarproduktion bis zu 10% mit Beihilfen zu fördern. (NZZ, 17.1.01)

Strittige Themen während der letzten Verhandlungsrunde waren weiterhin im Bereich der Dienstleistungen angesiedelt, insbesondere der Zugang für ausländische Versicherungsgesellschaften. Die USA und die EU fordern

hier weitere Zugeständnisse von China. Darüber hinaus konnten die Frage der Industriesubventionen sowie Handelsrechte für ausländische Unternehmen noch nicht völlig geklärt werden. (NfA, 22.1.01; HB, 18.1.01) -schü-

24 Zunahme des Außenhandels mit den zehn wichtigsten Handelspartnern

Mit den zehn wichtigsten Handelspartnern nahm der bilaterale Handel im Jahre 2000 deutlich zu. Auf diese Länder entfiel insgesamt ein Volumen von 408,5 Mrd. US\$ bzw. 86% des gesamten chinesischen Außenhandels.

Japan blieb auch im letzten Jahr der wichtigste Handelspartner mit einem gemeinsamen Handelsvolumen von 83,17 Mrd. US\$. China konnte die Exporte nach Japan um 28,5% auf 41,65 Mrd. US\$ erhöhen. Japans Lieferungen nach China stiegen zwar deutlich geringer an, erreichten jedoch mit einer Zunahme um 22,9% ein Volumen von 41,51 Mrd. US\$, sodass nach chinesischen Statistiken ein nahezu ausgeglichener Saldo verzeichnet werden konnte.

Die USA war mit einem bilateralen Handelsvolumen in Höhe von 74,67 Mrd. US\$ (+21,2%) ebenfalls wieder der zweitwichtigste Handelspartner. Exporten in die USA von 52,1 Mrd. US\$ (+24,2%) standen Importe von 22,36 Mrd. US\$ (+14,8%) gegenüber, sodass China einen Handelsüberschuss in Höhe von 29,74 Mrd. US\$ aufweist. Auf Grund der unterschiedlichen statistischen Erfassung der Handelsströme in den USA und China liegt der Saldo zu Gunsten Chinas nach Berechnung der USA weitaus höher.

Mit der EU belief sich der bilaterale Außenhandel auf 59,04 Mrd. US\$ (+24%). Die Exporte Chinas in die EU stiegen um 26,4% auf 38,19 Mrd. US\$; die EU konnte ihre Lieferungen nach China um 21,2% auf 30,85 Mrd. US\$ erhöhen. (XNA, 12.1.01)

Das Gesamtvolumen des Außenhandels betrug nach vorläufigen Angaben der Zollstatistik rd. 474,3 Mrd. US\$ und stieg damit gegenüber dem Jahre 1999 um 31%. Die Exporte beliefen sich auf 249,2 Mrd. US\$ (+27,8%); die Importe erreichten ein Niveau von 225,1 Mrd. US\$ (+35,8%). Die Verteuerung der Erdölimporte trug insbe-

sondere dazu bei, dass die Rohstoffeinfuhren um 74,1% auf 46,7 Mrd. US\$ anstiegen. Der Außenhandelsüberschuss lag mit 24,1 Mrd. US\$ niedriger als im Jahr 1999. (NfA, 19.1.01)

Als wichtigste Ursachen für die Ausweitung des chinesischen Außenhandels werden das positive weltwirtschaftliche Klima sowie die stabile Entwicklung der chinesischen Wirtschaft genannt. (XNA, 12.1.01) Andererseits haben auch die diversen Fördermaßnahmen der Regierung zur Erhöhung der Exporte beigetragen. Für das laufende Jahr 2001 wird befürchtet, dass die Ausfuhren auf Grund der nachlassenden Konjunktur-entwicklung in den USA und in anderen Märkten nur noch um 8% steigen könnten. Ein weiteres Abflachen des Exportwachstums würde den Druck auf die Regierung erhöhen, die Wirtschaftsförderung weiter zu intensivieren, die nach Schätzungen im letzten Jahr bereits rd. 150 Mrd. Yuan betragen haben soll. (FT, 11.1.01)

MOFTEC-Minister Shi Guangsheng kündigte Ende Dezember an, dass die Regierung bis zum Jahre 2005 ihr Außenhandelsvolumen auf 650 Mrd. US\$ erhöhen will. Ziel ist ferner, in diesen fünf Jahren rd. 200 Mrd. US\$ an ausländischen Investitionen zu absorbieren. Shi sieht die Notwendigkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas weiter zu fördern. Die Ausfuhren von Maschinen und elektrischen Produkten sollen bis zum Jahre 2005 auf rd. 160 Mrd. US\$ ansteigen, dies wäre ein Anteil von rd. 50% der gesamten Exporte. Weiter soll der Anteil von Hightech-Exporten auf rd. 20% bzw. 60 Mrd. US\$ angehoben werden. (XNA, 27.12.00) -schü-

25 Verhandlungen über den Transrapid abgeschlossen

Ende Januar 2001 sind die wochenlangen Verhandlungen über den Verkauf des Transrapids nach China erfolgreich beendet worden. Das Konsortium Transrapid International (TRI) hat den Zuschlag für den Bau der rd. 35 km langen Strecke zwischen dem neuen Shanghai-Flughafen Pudong und dem Stadtzentrum erhalten.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Finanzierung. Die